



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 22. August 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Erneut fordert der UNHCR die internationale Gemeinschaft auf, Uganda bei der Aufnahme und Versorgung der Fliehenden aus dem Südsudan zu unterstützen. 570 Millionen Euro benötige das Land in diesem Jahr für diese Aufgabe, jedoch ist erst ein Fünftel des Geldes eingegangen. Eine Million Menschen hat Uganda bereits aufgenommen, 85% davon Frauen und Kinder. Eine weitere Million Menschen sei nach Äthiopien, Kenia, Kongo und in die Zentralafrikanische Republik geflohen.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlinge-aus-suedsudan-uganda-braucht-dringend-hilfe-/20199598.html> (17.08.17)
- Nur eine kurze Weile nachdem Libyen seine Hoheitsgewässer ausgedehnt hat, kam es zu einem Zwischenfall auf dem Mittelmeer zwischen der Küstenwache und der spanischen Nichtregierungsorganisation „Proactiva Open Arms“. Zwei Stunden lang wurde das Schiff festgehalten und die Besatzung bedroht, dass geschossen werde wenn den Anordnungen der Küstenwache nicht Folge geleistet werde. Das Ganze spielte sich in internationalen Gewässern, aber in der „Such- und Rettungszone“ ab – die Staaten tatsächlich zur Koordination der Rettung Schiffbrüchiger einrichten können. Bloß, dann sollten sie auch Schiffbrüchige retten. Die Organisation „Save the Children“, die seit letzter Woche nicht mehr rettet, kommentiert den Zwischenfall als Beweis dafür, dass es in der libyschen Such- und Rettungszone nicht um Notrettung gehe.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/retter-im-mittelmeer-libysche-kuestenwache-bedroht-fluechtlingshelfer/20203780.html> (17.08.17)
- Das Auswärtige Amt (AA) hat seine erneute Beurteilung zur Sicherheitslage in Afghanistan fertiggestellt, die Bedrohung für Zivilist*innen sei demnach „niedrig“. Der Bericht wurde in Auftrag gegeben, nachdem am 31. Mai bei einem Anschlag auf die deutsche Botschaft mindestens 90 Passant*innen starben. Zwölf Provinzen seien laut AA gebietsweise oder vollständig sicher. Aus zweien wurden vorvergangene Woche Gefechte gemeldet, in der Provinz Baghlan versuchen die Taliban ständig die Hauptverkehrsader zu unterbrechen, in Ghasni die Provinzhauptstadt zu erobern. Die UNO dagegen schreibt in ihrem Bericht von einer klaren Verschlechterung der Sicherheitslage von 2016 auf 2017. Vor allem die Zahl der Binnenvertriebenen belege das.
<http://www.taz.de/!5433847/> (13.08.17)

- Nahezu tausend Geflüchtete lebten in einem besetzten Haus in Rom bis es am vergangenen Samstag von der Polizei geräumt wurde. Auch Schwangere und Kinder wurden auf die Straße verwiesen bis ihnen die vorübergehende Erlaubnis erteilt wurde, das Haus wieder beziehen zu dürfen.
<http://www.spiegel.de/panorama/fluechtlinge-auf-die-strasse-polizei-raeuemt-besetztes-haus-in-rom-a-1163695.html> (20.08.17)
- Die Nazis der Identitären Bewegung, die mit einem Boot vor allem Nichtregierungsorganisation am Retten von Fliehenden im Mittelmeer abhalten wollen, haben ihren Einsatz nach weniger einer Woche beendet.
<http://www.taz.de/!5440210/> (18.08.17)

Bund, Land, Kommune

- Die AfD will „Ankunftscentren“ in den Maghreb-Staaten einrichten und Menschen, die von Libyen aus über das Mittelmeer fliehen beziehungsweise geflohen sind, in diese „Ankunftscentren“ zurückschicken. Sollte es einen Unterschied zu den Plänen der Großen Koalition geben, dürften diese graduell sein. Die Vorsitzende der Linken, Katja Kipping, hat eben diese Pläne von CDU und SPD als Schande für Europa bezeichnet.
http://www.deutschlandfunk.de/linkspartei-kippling-umgang-der-eu-mit-fluechtlingen-ist.1939.de.html?drn:news_id=781865 (18.08.17)
<http://www.dw.com/de/afd-will-asylbewerber-im-mittelmeer-abfangen-und-zur-%C3%BCckschicken/a-40173117> (21.08.17)
- Mit dem Gesetz zur „besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ermächtigt, auf alle Daten aller elektronischen Datenträger Geflüchteter zuzugreifen. Verschiedene Rechtsexpert*innen und NGOs werden in der *FAZ* zitiert, die dies für verfassungswidrig halten. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, ein Grundrecht, sei verletzt. Dies bereits schon, weil für die Feststellung von Identität und Staatsangehörigkeit die meisten Daten nicht brauchbar seien. Die Regelung sei umso mehr in ihrer Gänze zu hinterfragen, als dass sich die Geflüchteten nichts zuschulden haben kommen lassen. Die *FAZ* zitiert aber auch Expert*innen, die Möglichkeiten aufzeigen wie das Gesetz verfassungskonform gestaltet werden kann – zum Beispiel wenn ein begründeter Anfangsverdacht vorliege, dass ein*e Antragsteller*in falsche Angaben mache. Warum die Bundesregierung vollen Bewusstseins ein Gesetz verabschiedet hat, was wahrscheinlich verfassungswidrig ist beantwortet einer der Experten mit der These, dass ausgetestet werde, wie das Bundesverfassungsgericht nun reagiere – das getestet wird, wie weit sich Grundrechte ausdehnen lassen. Das Gesetz umgehen lasse sich außerdem, indem Menschen einfach ein Zweithandy zur Anhörung mitbringen würden um ihre Daten zu schützen.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fluechtlinge-fragwuerdige-handy-und-datentraeger-auswertung-15150675.html> (19.08.17)
- Horst Seehofer, bayerischer Ministerpräsident, sieht die Obergrenze nun doch nicht als Bedingung für eine Koalitionsbeteiligung der CSU nach der Bundestagswahl an. Angela Merkel hält die Obergrenze nach wie vor nicht für „richtig“.
http://www.deutschlandfunk.de/angela-merkel-halte-obergrenze-fuer-fluechtlinge-nach-wie.2011.de.html?dram:article_id=393144 (14.08.17)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-rueckt-von-obergrenze-fuer-fluechtlinge-ab-a-1163668.html> (20.08.17)
„Chronik einer Forderung“ - die *SZ* über Seehofers Lieblingswort seit Januar 2016:
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-grenzzaenger-1.3633917>
- AfD redet irgendwas von „Deutschland zuerst“.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-afd-will-individuelles-asylrecht-streichen-1.3635298> (21.08.17)

- 387 Abschiebungen konnten im ersten Halbjahr 2017 verhindert werden, im Vorjahreszeitraum waren es 226. 186 Mal konnten Geflüchtete selber ihre Abschiebung verhindern, in 113 Fällen weigerten sich Flugbesatzungen, den Flug zu starten, 61 Mal wurde bei den Betroffenen Reiseunfähigkeit festgestellt. Gleichzeitig sank die Zahl der bundesweiten Abschiebungen im selben Zeitraum – in 2017 wurden bisher knapp 12.500 Menschen abgeschoben, in 2016 waren es etwa 13.700.
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/abschiebungen-immer-haeufiger-abgebrochen-100.html> (16.08.17)
- Währenddessen laufen für den sächsischen Innenminister Markus Ulbig Abschiebungen in die Maghreb-Staaten zu schleppend, in die Westbalkanstaaten kann er viel besser abschieben. Ulbig klagt darüber, dass er oftmals gar nicht die 25 Plätze in den Chartermaschinen voll bekommt. In diesem Jahr wurden bisher 50 Menschen nach Tunesien abgeschoben.
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/abschiebungen-tunesien-sachsen-100.html> (16.08.17)
- In Schleswig-Holstein wurde eine Familie nach Albanien abgeschoben obwohl ihr Fall in der dortigen Härtefallkommission anhängig war. Grund ist ein Verwaltungsfehler der dortigen Ausländerbehörde. Ein Sprecher der Behörde meint, es sei „zum Schutz der Familie“, wenn sie jetzt nach Deutschland zurückkommen und die Entscheidung der Härtefallkommission abwarten könne.
<http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Kritik-an-Auslaenderbehoerde-nach-Abschiebung,abschiebung772.html> (17.08.17)
- Gegen den Vize-Landrat des Landkreises Bautzen, Udo Witschas, werden Rücktrittsforderungen laut, nachdem klar wird, dass er so nett und freundlich mit Nazis über das Schicksal Schutzsuchender kommuniziert, dass es schwerfällt, eine demokratische Gesinnung bei ihm zu vermuten. Nett und freundlich kommunizierte er vor allem dann, als er Interna an den betreffenden Nazi weiterleitete.
<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/witschas-unter-massiven-druck-100.html> (21.08.17)

Hintergrund und Meinung

- In der *taz.gazete* schreibt Ezgi Karatas über sich verstärkende Ressentiments und zunehmend gewaltsame Übergriffe gegen syrische Geflüchtete in der Türkei und der paradoxen Politik einer Regierung, die einmal den Geflüchteten die Staatsbürgerschaft verspricht, dann aber auch wieder Bedrohungsszenarien gemeinsam mit Opposition und Medien aufbaut. Gern instrumentalisiert Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan die Menschen auch als außenpolitisches Druckmittel. Hate Speech gegen Geflüchtete nimmt dabei in vielen Seiten der Gesellschaft zu.
<https://www.gazete.taz.de/article/?article=!5439985> (18.08.17)
- „Vor 25 Jahren war Charlottesville in Rostock-Lichtenhagen“ kommentiert Heribert Prantl in der *SZ*. Nach Rostock wurden die Radikalisierungen unter den Nazis nicht ernst genommen, wie Trump wurden Opfer zu Tätern und Täter zu Opfern. Damals versuchten Politiker*innen mit dem faulen Asylkompromiss, der die Grundlage für das „perverse Dublin-System“ bildete, den Nazis den „Mund [zu] stopfen“. Nur hat das nicht geklappt, die braune Linie führe von Rostock-Lichtenhagen zu Pegida nach Dresden. So wie der US-Präsident den Rassismus in Charlottesville hätte verurteilen müssen, so hätten dies deutsche Politiker*innen damals tun müssen, sie müssten es heute tun. Bei einer heutigen Gedenkveranstaltung an die rassistischen Ausschreitungen wird Angela Merkel in Köln auf der Gamescom sein.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-vor-jahren-war-charlottesville-in-rostock-lichtenhagen-1.3634112> (20.08.17)

- „Grenzsicherung“ ist ein lukratives Geschäft. Von 2014 bis 2017 haben die EU-Mitgliedsstaaten 17 Milliarden Euro dafür ausgegeben, das Budget der EU-„Grenzschutzagentur“ lag 2015 bei sechs Millionen Euro, bis 2017 stieg es auf 254 Millionen. Neben Design und Produktion von Sicherheits- und Überwachungstechnologien werden Konzerne wie Leonardo, Indra, G4S, Thales, Siemens oder Airbus auch in die Erstellung von Berichten über die „Zukunft der Grenzsicherung“ eingebunden. Die Firmen verdienen pro Jahr 30 Milliarden Euro auf diesem Markt. Weiterhin wird im Bereich von Flucht und Migration eifrig privatisiert – sei es in Frankreich bei der Bearbeitung von Visa-Anträgen oder in Großbritannien, wo private Securities Abschiebungen vollziehen. Zumindest in einem Fall verlief das Outsourcing tödlich.
<https://www.welt.de/wirtschaft/article167664644/Das-Milliardengeschaeft-mit-den-Grenzkontrollen.html> (15.08.17)
- Die *Washington Post* fragt „Who are the Antifa?“ und tatsächlich ist ein differenzierter Artikel herausgekommen – was eventuell daran liegt, dass in den USA tatsächlich Empörung aufbrannt wenn die Gewalt der Nazis mit den Gegendemonstrationen ihrer Gegner*innen gleichgesetzt wird.
https://www.washingtonpost.com/news/made-by-history/wp/2017/08/16/who-are-the-antifa/?utm_term=.ba7477171a8b (16.08.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

